

DHV HELIALERT - Troplowitzstr. 5 – 22529 Hamburg

HELIALERT ist Innovationspreisträger  
PPP Innere Sicherheit 2009

Wir fliegen Sicherheit

Berlin, den 08.02.2010

## Presseerklärung

### **Luftbrücke Hiddensee – Keine Katastrophe, aber eine gänzlich entbehrliche Staatsaktion !**

Auf beeindruckende Weise und mit bundesweitem Medienecho haben uns die für die öffentliche Daseinsvorsorge und den Schutz der Bevölkerung zuständigen Behörden des Landes Mecklenburg-Vorpommern am Beispiel der „Luftbrücke für Hiddensee“ vorgeführt, wie witterungsbedingte Ausnahmesituationen unter Einsatz aber auch wirklich aller verfügbaren Mittel und Nichtbeachtung geltender Rechtsnormen gemeistert werden !

Was war geschehen? Die kleine Ostseeinsel mit ca. 1000 Bewohnern und einigen Dutzend Touristen war nach Ausfall des einzigen verfügbaren eisgängigen Schiffes für einige Tage über See nicht zu erreichen und nicht zu verlassen, und die Witterungslage ließ befürchten, dass dieser Zustand andauern könnte.

Nach allgemeinem Verständnis in Deutschland ist die Gewährleistung von Mobilität und Versorgung eine öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge in der Zuständigkeit der Gebietskörperschaften, und zwar auch unterhalb der Katastrophenschwelle. Der Einsatz von Hubschraubern als rein zivile Verkehrsersatzleistung war von Beginn der Lage an das Mittel der Wahl.

DHV-HELIALERT hatte deshalb bereits am 01.02.2010 und nochmals am 03.02.2010 per E-Mail den zuständigen Landkreis Rügen und das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern, sowie auch den Inselbürgermeister, über bereitstehende bis zu 180 Hubschrauber von 20 gewerblichen Lufttransportunternehmen, die bei HELIALERT ([www.helialert.com](http://www.helialert.com)) mitwirken, unterrichtet.

Flugleistungen werden bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch den Pool rund um die Uhr im Rahmen eines genehmigten Mittelstandskartells zu feststehenden Höchstpreisgrenzen erbracht. Die Alarmierung kann jederzeit auch über das Bundesamt für Bevölkerungsschutz/BBK (GMLZ) erfolgen. Bei der entstandenen Lage wäre der Einsatz von zwei mittleren Fluggerätetypen, z.B. Bell 206 L oder Eurocopter AS 350 B2, völlig

ausreichend gewesen. Da die Flugzeit vom Festland nur ca. 5 Minuten beträgt, wären bei einer Beauftragung mit Tagespauschale inklusive 2 Flugstunden für beide Hubschrauber insgesamt mindestens 16 Rotationen täglich möglich gewesen. Dabei hätten bis zu 96 Personen bzw. 8 To. Fracht pro Tag befördert werden können. Die Kosten hätten bei maximal 5.500 EURO täglich gelegen. HELIALERT gewährleistet als Einsatzträger in der Gefahrenabwehr und im Bevölkerungsschutz neben der reinen Flugleistung auch eine entsprechende Aufbau- und Ablauforganisation in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden.

Die informierten Behörden haben auf dieses Hilfsangebot überhaupt nicht reagiert, stattdessen aber in einem ersten Schritt zwei andere private Luftverkehrsunternehmen aus der Region beauftragt, von denen mindestens eins sich zunächst einen passenden Hubschrauber im Wege der Subcharter beschaffen musste. Der organisatorische Ablauf der Flüge wurde in den Medien als zum Teil chaotisch und unzumutbar beschrieben.

Daraufhin wurden in einem zweiten Schritt zusätzlich Bundeswehrehubschrauber eingesetzt. Diese Maßnahme war unzulässig, weil Fluggerät der Bundeswehr für zivile Aufgaben der Verkehrssicherung und Daseinsvorsorge überhaupt nur im festgestellten Katastrophenfall und nach Ausschöpfung aller eigenen zivilen Kapazitäten der Länder subsidiär eingesetzt werden dürfen (Art. 35 GG). Der Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Katastrophenschutzes bedarf generell einer Unbedenklichkeits-Bescheinigung der zuständigen Industrie- und Handelskammer, die ebenfalls nicht vorlag.

Gleiches gilt auch für den schließlich als dritten Schritt angekündigten Einsatz von Hubschraubern der Bundespolizei für diese Woche.

Fazit: Keine Katastrophe und kein wirklicher Notstand, aber eine Staatsaktion mit offenbar zweifelhaftem Erfolg und hohen Kosten für eigentlich nicht zuständige und auch nicht benötigte Fluggeräte des Bundes!

Nur am Rande bleibt anzumerken, dass DHV-HELIALERT sich bereits seit 4 Jahren vergeblich um den Abschluss einer vergaberechtlich zulässigen und kartellrechtlich genehmigten kostenfreien Rahmen-Vereinbarung für den Einsatz von Hubschraubern im Bevölkerungsschutz und in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr mit dem Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern bemüht.

Ebenfalls nur am Rande kann festgestellt werden, dass bereits anlässlich der Vogelgrippe im Landkreis Rügen vor einigen Jahren, der Einsatz eines kleineren Hubschraubers zum Einsammeln der

Tierkadaver und zur Kadaversuche die vom DHV angebotene Lösung der Wahl gewesen wäre. Stattdessen wurde der Katastrophenfall festgestellt und ein Bundeswehr-Großeinsatz veranstaltet. Die seinerzeitigen verheerenden Auswirkungen dieser Vorgehensweise auf den Tourismus sind bundesweit berichtet worden.

Wann endlich dürfen wir denn im Rahmen der fast zwanzig Jahre alten Verwaltungsreform auf ein Prozess- und Ergebniscontrolling sowie ein Qualitätsmanagement auch bei den Ordnungs- und Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes rechnen, wie es für Wirtschaftsunternehmen längst selbstverständlich ist?

Volker Grasberger  
Stellv. Vorsitzender  
Deutscher Hubschrauber Verband (DHV) e.V.